Dr. Stephan Eisel
www.stephaneisel.de – stephan.eisel@gmx.net
23. November 2026

Das Hufeisen triffts

Warum man AfD und Die Linke nicht gleichsetzen kann, sie sich aber doch ähneln

Dass Extremisten einander immer ähnlicher werden, je mehr sie sich von der politischen Mitte entfernen, veranschaulicht das Bild vom „Hufeisen“. Es wurde von dem französischen Philosophen Jean Pierre Faye 1972 in die wissenschaftliche Literatur eingeführt. In seiner
Studie „Langages totalitaires“ analysiert er, wie sich die Sprache von Nationalismus und Stalinismus einander angenähert haben. Dazu untersucht Faye in einem eigenen Kapitel „Le fer-à-cheval des partis“ („Das Hufeisen der Parteien“) die politische Landschaft der Weimarer Republik. Dort sei das Spektrum der Parteien keine gerade Line mit einer maximalen Entfernung der Endpunkte Rechts- und Linksaußen. Vielmehr würden sie sich die extremen Enden des politischen Spektrums trotz unterschiedlicher Ideologie in ihrer Ablehnung der Mitte immer stärker annähern wie die beiden Enden eines Hufeisens.

Diese Hufeisen-Metapher fand durch Autoren wie Uwe Backes und Eckhard Jesse bald Eingang in die deutsche Extremismusforschung und war in der Fortführung der Totalirismusforschung z. B. von Karl-Dietrich Bracher lange common sense. Seit einiger Zeit wird das Bild aber mit dem Argument in Zweifel gezogen, man könne Rechts- und Linksextremismus und die Parteien AfD und Linke, die sich solchen Extremisten als Forum anbieten, nicht gleichsetzen.

In der Tat unterscheiden sich AfD und Die Linke in ihrem inhaltlichen Ansatz grundlegend und ähneln sich doch zugleich in ihrem Vorgehen. Während demokratische Parteien in der offenen Gesellschaft den Ausgleich suchen und sich zum Kompromiss als Kern der freiheitlichen Demokratie bekennen, stehen Extremisten für Spaltung und unversöhnliche Radikalität.

Rechtsextremisten selektieren die Menschen nach ihrer „Rasse“. Daraus speist sich der völkische Nationalismus der AfD, und deshalb gehört das Unwort „Biodeutsche“ zum Sprachgebrauch in der Partei und unverhohlener Rassismus mit Ausländerfeindlichkeit zu ihrer Grundhaltung.

Für Linkextremisten bestimmen „Klassenkämpfe“ die Gesellschaft. In ihrem marxistischen Weltbild stehen sich die „Bourgoise“ als Eigentümer der Produktionsmittel und das „Proletariat“, d. h. die „Arbeiterklasse“ unversöhnlich gegenüber. Ziel ist die klassenlose kommunistische Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln. Es ist kein Zufall, dass die „Kommunistische Plattform“ als Organisation nach wie vor offizieller Teil der Partei Die Linke ist.

Die Einteilung der Menschen in „gut und böse“ ist AfD und Linker - wenn auch mit unterschiedlichen Selektionskriterien - gemeinsam. Sie stellen sich damit gegen ein Menschenbild, das sich zu Verschiedenartigkeit und Gleichwertigkeit als zwei Seiten der gleichen Medaille bekennt und deshalb aus der Anerkennung der Vielfalt in der freiheitlichen Gesellschaft die Notwendigkeit zu Kompromiss und Ausgleich ableitet. Für AfD und Linke ist dagegen Kompromiss nur ein taktisches Mittel auf dem Weg zu ihrem Ziel einer nach „Rasse“ oder „Klasse“ uniformen Gesellschaft.

In der politischen Ideengeschichte hat der Gegensatz „Einheit vs Vielfalt“ eine lange Tradition. Die Wurzeln reichen bis zu Aristoteles (384 v. Chr. -322 v. Chr.) zurück, der das Leitprinzip der Vielfalt für den Aufbau des Staates forderte. Er stand damit im Gegensatz zu seinem Lehrer Platon (428/427 v. Chr. - 348/347 v. Chr.,) der das Ideal der Einheit als Grundstruktur einer Gesellschaft empfahl.

In einer modernen Version propagierte Jean Jacques Rousseau (1712-1778) eine nebulöse „volonté générale“, weil für ihn eine Gesellschaft nur überleben konnte, wenn alle Interessen übereinstimmen. So verstand Rousseau das Individuum nur als Teil der Gemeinschaft: Sein Ideal war die Homogenität des Volkes. Vielfalt galt ihm als Krisenzeichen: „Je näher die Meinung der Einstimmigkeit kommt, desto größer ist die Dominanz des allgemeinen Willens; während lange Debatten, Meinungsverschiedenheiten und Tumult die Beherrschung durch Partikularinteressen und den Niedergang des Staates verkünden.“

Hier liegt auch der Ursprung der Identitätstheorie von Carl Schmitt (1888 – 1985) als wesentlicher Quelle der nationalsozialistischen Ideologie. Für Schmitt war die Unterscheidung in „Freund“ und Feind“ Kern des Politischen. Ganz im Sinn von Rousseau meinte er, dass „wahre“ Demokratie auf der Identität von Herrschenden und Beherrschten beruhe und zwingend eine innere Gleichartigkeit und Einheitlichkeit (Homogenität) des Volkes voraussetze.

Das Konzept von Rousseau und seiner Epigonen, das als eine der Wurzeln des modernen Totalitarismus angesehen werden kann, steht in scharfem Widerspruch zu den Ideen beispielsweise von John Locke (1632-1704), für den alle Menschen von Natur aus frei sind und sich aufgrund ihrer eigenen Zustimmung zu Mitgliedern einer politischen Gesellschaft machen. Sein Konzept des „agree to disagree“ kann als Ursprung des modernen Pluralismus verstanden werden. Die in den allgemeinen Sprachgebrauch übernommene Formel stammt von dem englischen Theologen John Wesley (1703 – 1793), der stark von Locke beeinflusst war.
Immanuel Kant (1724-1804) folgte in seinem Aufsatz „Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“ “ (1793) dieser Linie, indem er feststellte, dass das Gemeinwohl nicht zu gebrauchen sei gegen das „unbestreitbare Recht eines jeden, auf jedem Weg seine Seligkeit zu finden, die ihm recht ist, wenn er die Freiheit anderer nicht verletzt.“

Den Streit zwischen den beiden Gesellschaftskonzepten mit den Leitsternen „Einheit“ bzw. „Vielfalt“ hat besonders eindrucksvoll der Philosoph Karl R. Popper (1902 – 1994) in seinem Standardwerk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (1945) analysiert: Auf der einen Seite hängen Platon, Rousseau und in ihrer Tradition auch Karl Marx am Ideal eines Staates, der die Einheit über alles stellt und dem die Vielfalt als störend

erscheint. Auf der anderen Seite betonten Aristoteles, Locke und Kant, dass es grundlegender Zweck des Staates ist, Vielfalt zu garantieren. Ihre Leitlinie lautet: So viel Freiheit wie möglich, so viel Einheit wie nötig.

In diesem Grundverständnis unterscheiden sich die auch extremistische von demokratischen Parteien. Vielfalt und als deren Organisationsform die freiheitliche parlamentarische Demokratie lehnen Extremisten im Grundsatz ab, weil sie dem eigenen unterschiedlich begründeten Einheitsideal und eigenen Wahrheitsansprüchen widerspricht. Darin ähneln sich AfD und Linke, auch wenn sich zugleich ihre Begründung und Ausrichtung der angestrebten Uniformität voneinander unterscheidet.

Gemeinsamer Kern des rechts- und linksradikalen (aber auch eines religiös begründeten) Extremismus ist ein rigoroser Wahrheitsanspruch, der die Unvollkommenheit jedes Menschen leugnet. Extremisten schließen für sich selbst diese Unvollkommenheit aus und sehen sich selbst stattdessen als „Träger der Wahrheit".

So ist es in und von der AfD gang und gäbe, die Medien als „Lügenpresse" zu beschimpfen, die über ihr nicht Genehmes berichtet. Einem Faktencheck hält das Weltbild der AfD nicht stand, denn es geht Extremisten nicht um die Wirklichkeit, sondern um die eigene Wahrheit. In schamloser Verdrehung des Slogans der friedlichen Revolution gegen die SED-Diktatur behauptet die AfD „Wir sind das Volk".

Auch im Linksextremismus gehören solche Wahrheitsansprüche zum Wesenskern. Als einer der führenden Exponenten der linken Studentenproteste hat Ekkehard Krippendorf es 1968 beispielhaft so auf den Punkt gebracht: „'Die Linke - und zwar auch die extremste Linke – hat darum immer das Element der historischen Wahrheit für sich, die Rechte - und zwar auch die gemäßigte Rechte -das Element der Unwahrheit und des Unrechts."

Toleranz ist Extremisten wesensfremd. In der deutschen Geschichte hat sich diese schockierende Gemeinsamkeit klar manifestiert. Die Nazis legten schon am 14. Juli 1933 in § 1 des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien fest: „In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei." In ihrer Hymne propagierte SED als Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: „Die Partei hat immer recht".

Es ist auch kein Zufall, dass sich die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) in der Weimarer Republik zwar einerseits blutige Straßenkämpfe lieferten, aber andererseits auch gemeinsam die Weimarer Demokratie bekämpften. Im Reichstag stimmten KPD und NSDAP in hunderten Fällen exakt gleich ab. Als die NSDAP 1931 einen Volksentscheid initiierte, um die von der SPD geführte Regierung in Preußen zu stürzen, schloss sich die KPD an. Den Streik bei den Berliner Verkehrsbetrieben organisierten im November 1932 KPD und NSDAP gemeinsam. Dabei schreckten beide Parteien nicht vor brutalen Gewalttaten zurück.

Mit zunehmender programmatischer Radikalität tritt bei extremistischen Parteien auch die Radikalität der Methoden des gemeinsamen Kampfes gegen die freiheitliche Demokratie in den Vordergrund, die in ihrem Wesenskern der Vielfaltsgarantie die Realisierung von Uniformität ausschließt. Der aktuelle

Verfassungsschutzbericht zählt über 15.000 gewaltbereite Rechtsextremisten, über 11.000 gewaltbereite Linksextremisten und über 10.000 gewaltbereite Islamisten.

In AfD und Linker gibt es die Bereitschaft, solcher Gewaltbereitschaft Unterschlupf zu gewähren. Demokratiefeindlicher Extremismus findet in beiden Parteien eine Heimat, ist aber innerhalb dieser Parteien unterschiedlich ausgeprägt. Bei der AfD werden aktuell fünf der 16 Landesverbände vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch" eingestuft. Bei der Linken sieht der Verfassungsschutz extremistische Grundhaltungen in Parteiorganisationen wie der Kommunistische Plattform (KPF), die Antikapitalistische Linke sowie die Jugendorganisation Linksjugend ['solid] und der Studierendenverband Die Linke.SDS.

Dass Rechts- und Linksaußen nicht nur methodisch, sondern gelegentlich auch inhaltlich im Gleichschritt marschieren und programmatisch einander gerne auf die Schulter klopfen, wird immer wieder deutlich. So fordern sie gemeinsam das Ende der Unterstützung der Ukraine und nehmen damit die Kapitulation der Ukraine vor Putins Angriffskrieg billigend in Kauf. Der Wehrpflicht stehen beide Parteien ebenso ablehnend gegenüber wie dem Verfassungsschutz, den sie beide abschaffen wollen. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Es ist auch kein Zufall, dass Sarah Wagenknecht als radikalste Linke mit ihren Gefolgsleuten ihre Partei verlassen hat, um die neue Partei BSW zu gründen, die ihrerseits bevorzugter Partner der rechtsradikalen AfD ist. Rechtsaußen Höcke (AfD) lud Wagenknecht sogar zum Parteiwechsel ein und wünschte sich mit vielen Gesinnungsgenossen eine gemeinsame Kanzlerkandidatin Wagenknecht.

Für den Frontwechsel zwischen Links- nach Rechtsaußen gibt es in der bundesdeutschen Geschichte durchaus prominente Beispiele. Erwähnt sei hier der Linksextremist und Mitbegründer der Rote Armee Fraktion (RAF) Horst Mahler, der später Mitglied der rechtsextremistischen NPD war und wegen neonazistischer Äußerungen mehrfach verurteilt wurde. Der in den 70er- und 80er Jahren führende Repräsentant der Neonazi-Szene Michael Kühnen lud immer wieder mit Linksextremisten zu Bündnissen ein, um so eine „Querfront" gegen die bestehende bundesdeutsche Demokratie zu bilden.

Diese wechselseitige Annäherung zwischen Rechts- und Linksextremisten bei zunehmend radikaler Abwendung von der politischen Mitte verdeutlicht die Hufeisen-Metapher treffend. Sie beschreibt die Ähnlichkeiten extremistischer Bewegungen, ohne sie inhaltlich gleichzusetzen. Deshalb wenden sich von beiden Enden des politischen Spektrums so energisch gegen das Hufeisenbild.

Wenn sich Rechts- und Linksaußen vertraut zuzwinkern, sollten Demokraten das aber genau im Auge behalten, denn je weiter an den Rändern desto mehr reichen sich Rechts- und Linksaußen gegen die Demokratie die Hand. Das zutreffende Bild vom Hufeisen macht dies anschaulich und wird deshalb so leidenschaftlich bekämpft.